

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/5

Bonn, den 9. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Landschaft der Hochschulen</u> Von Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen	62
3	<u>Ehrenvolle Berufung</u> U-Thant wünscht UNO-Mitarbeit von Bundesminister Dr. Eppler	41
3a	<u>Bundeswehr im Zerrspiegel</u> Von Alfons Pawelczyk, MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses	46
4	<u>Gastarbeiter - Kollege oder Stiefelknecht?</u> Spaniens Gastarbeiter legen Wert auf gesellschaftliche Integration Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	44
5	<u>"Wer sind die vergessenen Amerikaner?"</u> Streik bei General Electric Von Paul Neumüller, New York	45

Landschaft der Hochschulen

Von Heinz Kühn,  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

In den nächsten Wochen wird der Öffentlichkeit das "Nordrhein-Westfalen-Programm 1975" übergeben. Dieses Programm enthält einen Katalog von Vorschlägen für den politischen Handlungsplan der Landesregierung. Das NRW-Programm 1975 ist also kein Regierungsprogramm und auch keine Koalitionsvereinbarung, sondern stellt in der Form einer politischen Absichtserklärung die Entwicklung unseres Landes bis in die Mitte der 70er Jahre dar. Sowohl die sachlichen als auch die finanziellen Verwirklichungsmöglichkeiten werden dabei realistisch gesehen.

Das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 sieht vor, daß acht Universitäten neu gegründet, 13 Fachhochschulen errichtet und diese Hochschulen und Universitäten in acht Gesamthochschulen zusammengeführt werden.

Entlastung

Durch die Gründung von acht neuen Universitäten, darunter sieben mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt, soll die Anzahl an Studienplätzen bedeutend erhöht und insbesondere die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrern aller Stufen beschleunigt werden. Die bestehenden Universitäten werden entlastet, obwohl auch dort die Ausbildung von Lehrern der Kollegstufe weiterhin möglich bleiben wird.

Andererseits werden sich die neuen Universitäten mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt nicht auf die Lehrerausbildung beschränken. Sie erhalten den Status von Hochschulen mit vollem Universitätsrang und dienen der Ausbildung von Lehrern aller Stufen und aller Fachschulbereiche, wobei Lehre und Forschung auf allen Gebieten der Erziehungs- und Verhaltenswissenschaften betrieb-

ben werden. Diese Wissenschaften umfassen auch die Erwachsenenfortbildung und -weiterbildung, Kriminalpädagogik, Soziologie und Psychologie des Lern- und Lehrverhaltens, Medienforschung, Begabungsforschung, außerschulische Berufspädagogik, Organisationsforschung des Bildungswesens sowie die Forschung im Bereich der Jugendpflege und der Sozialpädagogik.

Die sieben neuen Universitäten mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt und die Universitäten bisheriger Prägung - eine mit medizinisch-naturwissenschaftlichem Schwerpunkt wird neu in Essen errichtet - sollen eng zusammenarbeiten. Darum werden sie an dazu geeigneten Standorten errichtet, und zwar in Münster, Köln, Bonn, Dortmund, Aachen und Bielefeld. Eine neue Rhein-Universität soll ihren Sitz in Duisburg haben. In die Universitäten mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt werden die bestehenden Abteilungen der pädagogischen Hochschulen organisatorisch eingegliedert. Alle vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten werden selbstverständlich nicht stillgelegt, sondern weiter genutzt. Um die moderne Didaktik und die technischen Unterrichtshilfen für die Zwecke der Ausbildung nutzbar zu machen, wird in Paderborn ein Forschungs- und Entwicklungszentrum für technologische Lehr- und Lernverfahren errichtet. Es wird insbesondere mit der Bielefelder Universität, der Paderborner Fachhochschule und der elektronischen Industrie eng zusammenarbeiten.

#### Standorte

Aus den bestehenden Institutionen, denen nach dem Fachhochschulgesetz dieser Charakter zugeordnet ist, werden die neuen Fachhochschulen errichtet, wobei die vorhandenen Ausbildungseinrichtungen weiter genutzt werden. Die Fachhochschulstandorte sind (Abteilung in Klammern): Aachen (Aachen-Jülich); Bielefeld (Bielefeld, Minden und die Institute im Lipper Raum); Paderborn (Paderborn, Höxter, Meschede, Soest); Bochum (Bochum, Gelsenkirchen); Essen; Duisburg (Duisburg, Düsseldorf); Wuppertal; Krefeld (Krefeld, Mönchengladbach); Köln; Siegen (Siegen, Gummersbach); Münster (Münster, Burgsteinfurt). Fachhochschulen, Universitäten mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt und Universitäten bisheriger Prägung werden in Gesamthochschulbereichen in gegenseitiger Ergänzung miteinander zusammenarbeiten. Es werden acht Gesamthochschulbereiche in Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster gebildet.

### Ehrenvolle Berufung

-----

U-Thant wünscht UNO-Mitarbeit von Bundesminister Dr. Eppler

sp - Mit der Berufung des Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Erhard Eppler, zum Beratenden Mitglied eines neu gebildeten Unterausschusses des Ausschusses für Bevölkerungsfragen bei den Vereinten Nationen drückt sich die hohe Wertschätzung aus, die Eppler in seiner Amtszeit international erworben hat, aber auch der Respekt und die Anerkennung vor den Leistungen der Bundesrepublik auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe.

Die Bitte an Eppler, die Mitgliedschaft in einem der wichtigsten Ausschüsse der Vereinten Nationen anzunehmen, kam vom mit den Weltproblemen wohlvertrauten und mit vielen Sorgen beschwerten Generalsekretär der UNO, U - T h a n t . Mit Eppler wurden hervorragende Männer, wie der frühere Ministerpräsident von Schweden, Tage Erlander, und der frühere Premierminister von Japan, Kishi, berufen. Bedeutende Persönlichkeiten aus anderen asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern stehen dem Rat zur Seite. Der Beratende Ausschuss soll dem Leiter des Amtes für Entwicklungsprogramme bei den Vereinten Nationen, dem auch durch seine Tätigkeit als Marshall-Plan-Administrator in Europa wohlbekannten Amerikaner P. Hoffmann, Hilfestellung bei der Lösung von Problemen leisten, die mit der Bevölkerungs- und Familienplanung zusammenhängen.

Viele außereuropäische Länder stehen im letzten Drittel dieses Jahrhunderts vor der Gefahr einer Bevölkerungsexplosion. Die Produktion in diesen Ländern hält nicht Schritt mit der wachsenden Bevölkerungszahl. Hier tut sich eine schreckliche Kluft auf. Die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den Industrieländern der nördlichen Hälfte und der südlichen Hälfte des Erdteils verdecken schon heute vielfach den Gegensatz zwischen West und Ost. Die eigentlichen Gefahren für den Weltfrieden kommen aus der Not, der Verzweiflung und dem Elend von zwei Drittel der Menschheit. Ihnen zu helfen und beizustehen, damit sie sich selbst helfen können, entspringt nicht nur einem Gebot der Menschlichkeit, es ist auch ein Gebot der Vernunft.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich diesem Gebot nicht entzogen, sie steht unter den Geberländern an zweiter Stelle. Nun wird sie auch unmittelbar durch die Mitwirkung Epplers als Beratendes Mitglied beim Ausschuss für Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen direkten Einfluß ausüben können über Entscheidungen, die der Vertiefung der menschlichen Solidarität und dem Frieden in der Welt dienen. Sie wird diesen Einfluß im guten Sinne wahrzunehmen wissen. Das verbürgt schon die Persönlichkeit des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

## Bundeswehr im Zerrspiegel

Von Alfons Pawelczyk, MdB,  
Mitglied des Verteidigungsausschusses

Die Bundeswehr ist ein Instrument des Friedens, weil sie in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage durch ihre Existenz verhindern will, daß Armeen zur Durchsetzung politischer Ziele in Marsch gesetzt werden. Sie kann diese Aufgabe der Friedenssicherung leisten, weil sie durch ihren konventionellen Beitrag zum Gleichgewicht der Kräfte in West und Ost beiträgt. Es heißt in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969: "...nur auf der Grundlage der Sicherheit kann sich der Friede ausbreiten".

Doch besteht kein Zweifel, daß wir an die Stelle des negativen Friedens, also eines Friedens, der durch riesenhafte Zerstörungsmittel in West und Ost zurzeit noch garantiert wird, den positiven Frieden setzen müssen. Der gleichzeitige und gleichgewichtige Abbau der Potentiale ist die entscheidende politische Aufgabe unserer Zeit. Darauf ausgerichtet muß die Erziehung des Soldaten sein. Seine Waffen sollen abschreckend, also kriegsverhindernd wirken. Gelingt dieser Auftrag nicht, so hat er von dem Gebrauch gefährlicherer Waffen und der Ausbreitung des Krieges abzuschrecken. Er muß dann kämpfen. Es geht in diesem Konzept nicht um einen Sieg, sondern um ein Zurückdrängen, um ein Verhalten, das den Gegner nicht zum Äußersten zwingt. Kennedys Aktionen während der Kuba-Krise waren dafür ein Lehrbeispiel.

Die nicht endenwollende Diskussion über die Innere Führung ist geeignet, von diesem Auftrag unserer Bundeswehr abzulenken. Überspitzte Formulierungen, nicht zuende gedachte Forderungen müssen - besonders wenn sie von verantwortlichen Offizieren geäußert werden - zu einer Verfremdung von Bundeswehr und Gesellschaft führen. Öffentliche Kritik ist notwendig; sie ist schon deshalb berechtigt, weil verhindert werden muß, daß das Verständnis zwischen Armee und Öffentlichkeit abreißt. Außerdem: durch eine sachlich geführte Diskussion dringen die großen Schwierigkeiten unserer Bundeswehr in das Bewußtsein der Öffentlichkeit ein.

In den 14 Jahren, die unsere Bundeswehr besteht, hat sich ihre Situation eher verschlechtert als verbessert. Das gesteht auch die CDU/CSU ein. Sonst könnte sie nicht dem Bundesminister für Verteidigung eine "Schonzeit" von sechs Monaten zum Zwecke der Bestandsaufnahme zugestehen. Sie hat es getan, obwohl sie solch ein Verhalten für die übrigen Bereiche der Politik ausdrücklich ablehnt.

Damit gesteht die CDU/CSU zwei Tatsachen ein. 1. Die Bundeswehr befindet sich in einer so schwierigen Situation, daß eine sechs Monate dauernde Bestandsaufnahme nötig ist, bevor Reformen eingeleitet werden können. 2. Die CDU/CSU hat diesen Zustand zu verantworten, weil sie in den 14 Jahren des Bestehens der Bundeswehr in ununterbrochener Folge den Bundesminister für Verteidigung gestellt hat.

+ + +

## Gastarbeiter - Kollege oder Stiefelknecht?

Spaniens Gastarbeiter legen Wert auf gesellschaftliche Integration

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Tausende von Gastarbeitern kehrten über das Weihnachts- und Neujahrsfest aus der Bundesrepublik in ihre Heimat zurück, um mit ihren Familien zu feiern. Die überwiegende Zahl der spanischen Gastarbeiter-Urlauber ist mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden, nur fallweise wird das Wohnungsproblem dank teurerer Mieten zur Qual. Ein Spanier zitierte den berühmten Satz, man könne einen Menschen auch mit einer Wohnung erschlagen. Hier eröffnet sich den Gewerkschaften ein weites Betätigungsfeld, um für Abhilfe zu sorgen.

Was den spanischen Gastarbeitern und den 20.000 Portugiesen in der Bundesrepublik nach ihren Worten am meisten am Herzen liegt: Sie wünschen die gesellschaftliche Eingliederung, sie wollen als Kollegen betrachtet werden, nicht als Stiefelknechte und Lückenbüßer, als notwendiges Übel. In vielen Fällen ist die gesellschaftliche Integration halbwegs geglückt - manchmal scheitert sie nicht nur an Sprachschwierigkeiten. Gewissenlose Vermieter, die feuchte Keller als Massenunterkünfte für Gastarbeiter herrichteten und dabei für einen Schlafplatz bis zu 100, DM Monatsmiete kassieren, beuten zwar Arbeiter aus dem Balkan und der Türkei weidlich aus - bei Spaniern und Portugiesen haben sie kaum Glück, denn in den meisten Fällen erfolgt die Anwerbung ordnungsgemäß, was auch den zuständigen deutschen Stellen gewisse Kontrollmöglichkeiten verschafft.

Problematisch ist oft noch die Einschulung der Gastarbeiterkinder. An einigen Schwerpunkten gibt es bereits schulische Einrichtungen mit Lehrkräften aus den Heimatländern, doch nicht überall ist diese Frage zufriedenstellend gelöst worden. Die Gastarbeiterkinder, die einige Jahre nur in der ihnen fremden deutschen Sprache unterrichtet werden, haben bei der endgültigen Rückkehr in die Heimat schulische Schwierigkeiten, die vermeidbar wären, wenn es überall gelänge, ihnen auch Unterricht in ihrer Muttersprache zu vermitteln. Es ist auch nicht zu leugnen, daß viele Gastarbeiter sich auch fachlich qualifizieren könnten, hätten sie in ihrer Jugend gelernt, sich weiterzubilden. Wer nur wenige Klassen Elementarschule absolvierte und wenig Anreiz zur Bildung erhielt, wirkt wie ein Führerscheininhaber, der viele Jahre nicht am Steuer saß, weil er kein Auto besitzt.

Die Gastarbeiter aus der Iberischen Halbinsel, von ihren deutschen Arbeitgebern wegen ihres Fleißes geschätzt, bilden noch eine unausgeschöpfte Reserve an künftigen Spitzenkräften. Ihre Fortbildung würde auch ihre gesellschaftliche Integration erleichtern. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß es Gastarbeiter mit fünfjährigem Deutschlandaufenthalt gibt, die zwei Jahre nach ihrer Heimkehr kaum noch ein deutsches Wort kennen. Andererseits tauchen Extremfälle auf: Gastarbeiter, die ihre in Deutschland erworbenen Sprach- und Fachkenntnisse zielstrebig erweitern. Diese sollten in erster Linie gefördert werden.

+ + +

"Wer sind die vergessenen Amerikaner?"

Von Paul Neumüller, New York

"Wer sind die vergessenen Amerikaner?" Mit dieser Überschrift wandte sich vor kurzem ein neutrales Bürgerkomitee zur Unterstützung der streikenden General Electric-Arbeiter in einer ganzseitigen Anzeige in der "New York Times" an die Öffentlichkeit. Der Aufruf ist unterzeichnet von zahlreichen namhaften Vertretern des öffentlichen Lebens, darunter geistliche Würdenträger, verantwortungsvolle Direktoren, Gelehrte und bekannte Autoren und Schauspieler, die besonders betonen, in keiner Weise mit General Electric liiert zu sein.

Die Ausführungen der Anzeige, die teilweise mit statistischen Zahlen belegt sind, lassen folgendes erkennen: Die vergessenen Amerikaner sind nicht die Ärmsten der Armen, es sind auch nicht die Arbeitslosen oder Arbeitsunfähigen, es sind die 147.000 Beschäftigten, die bei der viertgrößten Gesellschaft in der reichsten Nation der Welt, bei General Electric, arbeiten. Während die Regierung den Lebensstandard für eine vierköpfige Familie mit jährlich 9.800 Dollar errechnet, verdient der Durchschnittsarbeiter bei General Electric nicht mehr als 3,25 Dollar pro Stunde, oder jährlich 6.760 Dollar, und steht sich heute, trotz 25-prozentigen Lohnerhöhungen seit 1960 infolge der enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht besser als vor 10 Jahren.

Im gleichen Zeitraum ist aber der jährliche Reingewinn bei General Electric von 200 Millionen Dollar auf 357 Millionen Dollar, oder anders errechnet, um 78 Prozent gestiegen!

Es ist unverständlich, aus welchem Grunde General Electric seine Arbeiter an dieser Prosperität nicht teilhaben läßt, wenn gleichzeitig den Aktienbesitzern 3,8 Prozent höhere Dividenden gewährt werden als bei anderen vergleichbaren Unternehmen.

Dem Einwand von General Electric, weitere Lohnerhöhungen würden zur Inflation führen, wird entgegengehalten, daß das Großunternehmen trotz permanenter Gewinnzahlen seine Preise im November 1969 um 3 bis 8,5 Prozent erhöht hat. Während sich die Gewerkschaften zu Tarifverhandlungen und zur Einschaltung eines neutralen Vermittlungsausschusses bereit erklärten, lehnte General Electric, ohne in Verhandlungen einzutreten, alle Vorschläge ab und ließ stattdessen am 7. Oktober 1969 den Gewerkschaften durch einen Boten neue Arbeitsverträge übermitteln. Daraufhin wurde nach Ablauf der bestehenden Arbeitsverträge am 26. Oktober 1969 der Streik ausgerufen.

Wenn General Electric diesen Streik, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, gewinnt, den Arbeitnehmern weiterhin den Gewerkschaftsschutz streitig macht und Arbeitsverträge diktieren will, die jederzeit Lohnkürzungen vorsehen, dann würde dies wieder zu einem Industrie-Feudalismus führen. - Die Gewerkschaften haben bei diesem Machtkampf einen schweren Stand. Sie können den Streikenden nicht mehr als wöchentlich zwölf Dollar Streikgeld geben. Aber sie können trotzdem voller Hoffnungen auf die Unterstützung anderer Gewerkschaften und auf die Hilfe aus der Bevölkerung rechnen.